

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Borowski. Er erinnerte daran, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt seitens der SPD-Fraktion einen Änderungsantrag gebe, der den Beschlussvorschlag der Verwaltung teilweise aufnimmt, teilweise aber auch ergänzt. Danach erteilte er Frau Borowski das Wort.

Diese bemerkte, dass sie, bevor sie auf den Antrag eingehen wird, zu Beginn noch einige Worte sagen möchte. Persönlich stehe sie der Planung grundsätzlich skeptisch gegenüber. In Birlinghoven gebe es verkehrliche Projekte, die teils noch gar nicht angegangen seien, teils abgelehnt wurden. Sie nannte u. a. den Kreisel Schloßstraße/Pleistalstraße, den Rückbau der Kreuzung Karl-Hennecke-Straße/Pleistalstraße und auch die Verkehrseengung Schloßstraße. Anhand der derzeit vorliegenden Zahlen habe sie bei einem Autobahnanschluss Birlinghoven erhebliche Zweifel an einen Mehrwert für Birlinghoven, sondern sie sehe vielmehr einen Mehrwert für Niederpleis. Trotz allem sei sie um Objektivität bemüht. Dazu gehöre auch eine offene Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in Birlinghoven mit belastbaren Zahlen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen erinnerte daran, dass die Meinung seiner Fraktion zum Ennert-Aufstieg bekannt sei. Eine Gefahr der Realisierung des Ennert-Aufstiegs bei einer Realisierung eines Autobahnanschlusses Birlinghoven sehe er nicht. Der jetzt in der Diskussion stehende einseitige Anschluss an die A 3 würde für die Pleistalstraße Vorteile bringen, aber auch für Birlinghoven selbst. Dennoch müsse man die Fragestellung auf die zwei großen Fragen reduzieren, ob es zum einen sinnvoll und zum anderen machbar ist. Diese Prüfung sollte die Verwaltung vornehmen. Die Punkte, die die SPD in ihrem Antrag aufgeführt hat, seien seiner Ansicht nach nicht exklusiv. Er könne auch weitere zu überprüfende Punkte nennen. Daher bitte er zu überlegen, wie detailliert man vorgehen möchte. Wenn die Antworten auf die Fragen, ob es sinnvoll oder machbar sei, vorliegen, solle nicht zunächst ein Beschluss gefasst werden, sondern zuerst eine Bürgerinformation stattfinden.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion stellte fest, dass der Antrag zwar konkretisiere, aber seiner Ansicht nach stehe alles, was dort genannt ist, auch in der Verwaltungsvorlage. Auch sei in der letzten Ratssitzung bereits ausgesagt worden, dass die Bürgerinformationsveranstaltung auf jeden Fall vor einem entsprechenden Ratsbeschluss stattfinden soll. Darum stehen für ihn im Antrag keine neuen Erkenntnisse.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass die von der SPD-Fraktion genannten Aufgaben im Beschlussvorschlag stehen, in der Sitzungsvorlage der Verwaltung dagegen zum größten Teil nur in der Begründung.

Herr Züll von der FDP-Fraktion gab seiner Bewunderung zum Engagement der Ortsvorsteherin für ihren Stadtteil Ausdruck. Er zeigte sich erfreut über ihre Bereitschaft zur offenen Diskussion. Anhand der Verkehrsbelastungszahlen sei bekannt, dass ein Großteil der Verkehre in Niederpleis stattfindet. Er erwarte, dass das, was im Antrag der SPD-Fraktion geschrieben ist, auch von der Verwaltung beachtet wird. Er habe die Bitte, dass in der Gesamtdiskussion über die Verkehrssituation in Birlinghoven die anderen

Ortsteile in unserer Stadt nicht aus dem Auge verloren werden.

Für die Verwaltung teilte Herr Gleß mit, dass er manche Anträge auf dem Tisch vorliegen habe, wo er sich persönliche Einschätzungen verwahre. Mit Frau Borowski habe er ein sehr intensives Gespräch geführt in ihrer Eigenschaft als Ortsvorsteherin. Dabei seien ihm von ihr ihre Sorgen, aber auch ihre Hoffnung mitgeteilt worden. Er selbst verbinde mit dem Autobahnanschluss in Birlinghoven die Hoffnung, dass damit gesamtstädtische Probleme gelöst werden können. Zum Antrag selbst sei zu sagen, dass er präzisiert, was in der Sitzungsvorlage bereits geschrieben ist. Die Bürgerinformationsveranstaltung werde durchgeführt, bevor ein Beschluss gefasst wird.

Frau Borowski erinnert daran, dass ein Gutachten bereits vorläge. In diesem seien aber nicht die Straßen untersucht, die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag aufgelistet wurden. Es wurden u.a. Verkehrsflüsse untersucht in Menden und Meindorf. Als Ortsvorsteherin von Birlinghoven, das u. U. einen Autobahnanschluss erhalten soll, interessiere sie nicht die Veränderungen der Verkehrsflüsse in Menden und Meindorf, sondern die in Birlinghoven. Der Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage habe den ersten Punkt der Verwaltungsvorlage übernommen, alle anderen Dinge seien neu formuliert. Bei der Verwaltungsvorlage soll lt. Beschlussempfehlung die Bürgerinformationsveranstaltung nach dem Beschlussvorschlag stattfinden, während der Änderungsantrag dafür plädiert, diese vor der Beschlussfassung durchzuführen.

Herr Metz stellte fest, dass man inhaltlich nicht weit auseinander sei und machte für seine Fraktion den Vorschlag, die Verwaltung möge zusagen, dass sie die Punkte 2 bis 4 des SPD-Antrages im Zuge der Bearbeitung auf jeden Fall beachten wird. Wenn die Verwaltung das zusage und es auch so im Protokoll stehe, könne er damit leben. Er schlage aber vor, Punkt 5 des SPD-Antrages zu übernehmen, da diese Formulierung die Vorgehensweise deutlicher mache als die Formulierung in der Sitzungsvorlage der Verwaltung. Bei den Punkten 2 bis 4 sollte die mündliche Zusage der Verwaltung reichen.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch gab zunächst den Hinweis, dass bei der Beratung von Tagesordnungspunkten zunächst jede Fraktion einmal Gelegenheit zur Stellungnahme geben werden soll, bevor die Diskussion beginne. Zur Sache wies er darauf hin, dass er selbst in der Pleistalstraße wohne, jetzt aber nicht aus eigener Betroffenheit spreche. Die Zahlen als Verkehrsbelastung der Pleistalstraße, die ihm als letztes bekannt seien, liegen im Bereich 12.000 bis 13.000 Kfz/Tag. Die Tendenz sei steigend. Deswegen sei es richtig, jede Möglichkeit zu überprüfen, die dazu führen könnte, den Verkehr zu reduzieren. Dazu gehöre seiner Meinung nach nicht der Ennert-Aufstieg, wohl aber die Prüfung der Machbarkeit der Anschlussstelle mit einem halben Anschluss in Form einer Auffahrt in Richtung Köln und einer Ausfahrt aus Richtung Köln. Das Gelände für den Anschluss sei vorhanden. Daher spreche er sich für eine Untersuchung aus. Da der SPD-Antrag die Verwaltungsvorlage präzisiere, schlage er vor, den Änderungsantrag zur Abstimmung zu stellen.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion fasste die Diskussion zusammen, indem sie feststellte, dass alle sich einig seien, die Möglichkeit eines Autobahnanschlusses zu prüfen. Hierbei sei die Frage, wie groß- oder kleinteilig zu prüfen sei. Die Verwaltung

habe zugesagt, dass die wesentlichen Punkte seitens der SPD-Anregung aufgenommen worden sind. Über die Anregungen aus dem SPD-Antrag sei diskutiert und dies sei auch protokolliert worden. Die Sitzungsvorlage der Verwaltung sei vielsagend und ausreichend. Das Irritationen auftreten, wie Bürgerbeteiligung vor oder nach einem Beschluss, könne nachvollzogen werden, aber das hätte mit einer simplen Frage an die Verwaltung geklärt werden können. Es sei völlig klar, dass die Bürgerbeteiligung nur vor einem Beschluss sein kann. Sie habe ein Problem mit dem Kirchturmdenken. Sie könne verstehen, dass man sich als Ortsvorsteher bzw. Ortsvorsteherin, egal aus welchem Stadtteil, für seinen Ortsteil einsetzt. Sehe aber jeder Ortsvorsteher seine eigenen Probleme so wichtig, würde man hier nicht fertig werden. Die Intention könne sie nachvollziehen, nur die Kleinteiligkeit missfalle ihr. In diesem Ausschuss müsse gesamtstädtisch gedacht und geplant werden.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass man von der Verwaltung gehört habe, dass der SPD-Antrag von den Inhalten her das konkretisiert, was die Verwaltung auf den Weg bringen wollte. Von Herrn Metz sei der Vorschlag gemacht worden, dass die Verwaltung zusagt und zu Protokoll gibt, dass sie die Punkte 2 bis 4 entsprechend berücksichtigten. Dann stellte er die Frage, ob weiterhin über Punkt 5, wie von Herrn Metz soeben vorgeschlagen, abgestimmt wird oder ob auch da die Zusage der Verwaltung ausreiche, dass die Bürgerinformation vor einem Beschluss statfinde.

Herr Züll meldete sich zu Wort und stellte fest, dass er davon ausgeht, dass auch die anderen Vorschläge, die über Birlinghoven hinausgehen, aber nicht die Intention des SPD-Antrages beinhalten, auch im Protokoll wiederzufinden sind.

Dies wurde von der Verwaltung zugesagt.

Frau Feld-Wielpütz frug noch einmal, ob der SPD-Antrag sich erledigt habe, wenn die Verwaltung zusage, dass die Bürgerinformationsveranstaltung vor dem Beschlussvorschlag im Ausschuss stattfindet.

Das wurde von der den Antrag stellenden Fraktion so bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende teilte darauf hin mit, dass er über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lasse, der im letzten Satz dahingehend abgeändert wird und nunmehr laute: „Bei Vorlage der Untersuchungsergebnisse ist vor der Beschlussfassung im Ausschuss zu gegebenem Zeitpunkt eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen“.